

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung

Betrifft: Dorferneuerungsprogramm NRW 2020

Bezirksregierung Düsseldorf
Dezernat 33: Ländliche
Entwicklung/ Bodenordnung
Croonsallee 36-40
41061 Mönchengladbach

Eingangsstempel
der Bezirksregierung Düsseldorf

Az.:

Nicht-öffentliche Antragstellerinnen/Antragsteller reichen den Antrag über ihre Stadt/Gemeinde (mit einer Stellungnahme durch Bauamt/ untere Denkmalbehörde) bei der Bezirksregierung ein.

1. Antragstellerin / Antragsteller	
Name / Bezeichnung	
Rechtsform	
bei juristischen Personen: vertretungsberechtigte Person(en)	
Anschrift Straße / PLZ / Ort	
Auskunft erteilt Name /Tel. (Durchwahl)/ E-Mail	
Bankverbindung	IBAN
	BIC
Kontoinhaber (nur wenn abweichend vom Namen)	
ggf. Letztempfänger: (Angabe nur im Falle der Weiterleitung der Zuwendung durch die Gemeinde)	

2. Maßnahme		
Bezeichnung der Maßnahme / des Förderobjektes (ggf. von Anschrift abweichende Objektadresse angeben)		
geschätzter Durchführungszeitraum	von / bis	geplanter Beginn - voraussichtliche Fertigstellung / - /

3. Finanzierungsplan		Feststellungen der Bewilligungsbehörde
3.1	Gesamtkosten	
3.2	abzgl. nicht zuwendungsfähige Ausgaben	
3.3	abzgl. Einnahmen (z. B. Leistungen Dritter, KAG-Beiträge, Verkaufserlöse etc.)	
3.4	zuwendungsfähige Gesamtausgaben	
Fördersatz	Gemeinden/gemeinnützige jurist. Personen: 65% andere: 35% Förderung Kleinstunternehmen: 45%	
3.5	beantragte Zuwendung Höchstbeträge: Gemeinden/gemeinnützige jurist. Personen: max. 250.000 € andere: max. 50.000 € Förderung Kleinstunternehmen: max. 200.000 €	
3.6	bewilligte/ beantragte Förderung durch andere Fördergeber (ohne 3.5)	
3.7	Eigenanteil	
Datum/ Unterschrift des Prüfenden:		

4. Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit (Kassenwirksamkeit)		
Haushaltsjahr	zuwendungsfähige Gesamtausgaben (3.4)	beantragte Zuwendung (3.5)
2020		
2021		
2022		
2023		
Gesamt in Euro		

5. Begründung

5.1 zur Notwendigkeit der Maßnahme

(u.a.: Konzeption, Ziel, Nutzen, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Maßnahmen desselben Aufgabenberichts in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Standort)

5.2 zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung

(u.a.: Verfügbarkeit von Eigenmitteln, Förderhöhe, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten, bei Kommunen: Erklärung zur Möglichkeit der Erhebung von KAG-Beiträgen)

6. Finanz- u. haushaltswirtschaftliche Auswirkungen

(Darstellung der angestrebten Auslastung bzw. des Kostendeckungsgrades, Tragbarkeit der Folgekosten für die Antragstellerin/den Antragsteller, Finanzlage/ Haushaltsstatus der Antragstellerin/des Antragstellers, usw.)

7. Erklärungen

(Zutreffendes ist anzukreuzen)

7.1 Mit der Maßnahme wurde noch nicht begonnen und wird auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen.

Als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten. Bei Baumaßnahmen gelten Planung, Baugrunduntersuchung, Grunderwerb und Herrichten des Grundstücks (z.B. Gebäudeabbruch) nicht als Beginn der Maßnahme, es sei denn, sie sind alleiniger Zweck der Zuwendung.

7.2 Ich bin – bzw. im Falle der Weiterleitung ist der/ die Letztempfänger/in

- ☐ zum Vorsteuerabzug nicht berechtigt. (ggf. ist ein Nachweis beizufügen)
- ☐ zum Vorsteuerabzug berechtigt und dies wurde von mir bei der Berechnung der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben (Nr. 3.4) berücksichtigt (Preise ohne Umsatzsteuer).

7.3 Ich bin Eigentümer/in des zu fördernden Objekts / Grundstücks

(Angabe nur bei investiven Projekten, wie Bau- oder Abrissmaßnahmen erforderlich)

- ☐ ja
- ☐ nein (dem Antrag ist die Zustimmungserklärung des Eigentümers und ein Nachweis über das Nutzungsrecht zumindest für die Dauer der Zweckbindung beizufügen, siehe Ziffer 8.3)

7.4 Für die zu fördernde Maßnahme bestehen keine Zweckbindungen aus anderen Förderprogrammen mehr.

- 7.5 Aus eventuellen früheren Förderungen bestehen keine offenen Rückforderungsansprüche mehr gegen mich.
- 7.6 bei antragstellenden Unternehmen:
☐ Beim antragstellenden Unternehmen handelt es sich nicht um einen Sanierungsfall bzw. ein Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinne der Leitlinien der EU-Kommission für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung nichtfinanzieller Unternehmen in Schwierigkeiten (ABl. EU Nr. C 249 vom 31.07.2014 S. 1)
- 7.7 Die von mir in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) gemachten Angaben sind vollständig und richtig.
- 7.8 Ich nehme zur Kenntnis, dass meine in diesem Antrag mitgeteilten Informationen zur Bearbeitung des Antrags erforderlich sind und hierfür gespeichert werden. Meine Angaben werden ggf. an die zuständigen Ministerien des Landes und des Bundes, sowie die an den Bundes- bzw. Landesrechnungshof weitergeleitet, soweit dies für die Antragsbearbeitung erforderlich ist.
- Die Datenerhebung und -verarbeitung erfolgt nach Art. 6 DSGVO sowie § 3 DSG NRW. Im Übrigen beruht die Datenerhebung auf dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAKG) in Verbindung mit dem Dorferneuerungsprogramm NRW und der Landeshaushaltsordnung NRW.
- Weitergehende Informationen zu meinen Rechten als Betroffene/r kann ich schriftlich oder mündlich bei der Bezirksregierung Düsseldorf erfragen oder im Internet unter <http://www.brd.nrw.de/service/datenschutz.html> einsehen.

8. Anlagen

- ☐ Lageplan bzw. Flurkartenauszug
- ☐ Erläuterungsbericht mit genauer Beschreibung der Maßnahme
(bei Baumaßnahmen: technische Beschreibung der einzelnen Arbeiten, geplante Materialien, Ausführungsarten, Ausstattungselemente)
- ☐ Fotos der Bestandssituation
- ☐ Bestands- und Gestaltungspläne
mindestens: Entwurfsplanung, falls vorliegend: Genehmigungs-/ Ausführungsplanung
bei Hochbauten: Grundrisse Bestand/ Neu, Ansichten, Schnitte
bei Tiefbauten: Bestand/ Neu, ggf. Regelquerschnitt, ggf. Detailpläne
- ☐ Darstellung der Kosten
Hochbau: Kostenberechnung nach DIN 276 mindestens bis zur 2. Ebene,
Tiefbau: Kostenberechnung mit ausführungsorientierter Gliederung
Nebenkosten / Architektenleistungen: Berechnung gem. HOAI
(bei kleinen Maßnahmen oder Maßnahmen Privater ist die Kostendarstellung alternativ auch über Angebote möglich)
- ☐ bauaufsichtliche/ denkmalrechtliche Stellungnahmen/ Genehmigungen/ Befreiungen
sowie evtl. Genehmigungen anderer Stellen, soweit diese erforderlich sind
- ☐ bei gleichzeitiger Beantragung mehrerer Vorhaben: Priorisierung der Förderanträge

8.1 zusätzlich bei Gemeinden/ Gemeindeverbänden:

- ☐ Beschluss des zuständigen Gremiums über die Finanzierung des Vorhabens
- ☐ bei HSP/HSK-Kommunen:
 - ☐ Stellungnahme des Kämmerers (Formular kann zur Verfügung gestellt werden)
 - ☐ Zustimmung der Finanzaufsicht des Kreises (bei kreisangehörigen Kommunen)
- ☐ Angabe des vorgesehenen Vergabeverfahrens
- ☐ Bauzeitplan
- ☐ ggf. weitere Nachweise/ Erklärungen zur Finanzierung (s.a. Ziffer 3.3, 5.2)
- ☐ ggf. Antrag auf Weiterleitung der Zuwendung (z. B. im Anschreiben)

8.2 zusätzlich bei privaten/ nicht-gemeindlichen AntragstellerInnen:

- ☐ Stellungnahme der Gemeinde zum beabsichtigten Vorhaben bzw. Bestätigung, dass das Vorhaben den Zielen der Bauleitplanung entspricht
- ☐ Nachweis der gesicherten Gesamtfinanzierung (z. B. Bankbestätigung)
- ☐ ggf. Nachweis des Finanzamtes, dass keine Vorsteuerabzugsberechtigung vorliegt
- ☐ im Falle der Gemeinnützigkeit: aktueller Nachweis des Finanzamtes
- ☐ bei juristischen Personen: Nachweis der Zeichnungsbefugnis bzw. Vollmacht

8.3 weitere Anlagen in Abhängigkeit vom Vorhaben (Auswahl):

- ☐ ggf. Zustimmung des Eigentümers zur Durchführung der Maßnahme und Nachweis über das Nutzungsrecht für die Dauer der Zweckbindung
- ☐ ggf. nähere Angaben zu Einnahmen, zweckgebundenen Spenden o.ä.
- ☐ bei Abriss: Erläuterung der siedlungsstrukturellen/ entwicklungsplanerischen Gründe (Mindestangaben: aktueller Erhaltungszustand, Begründung des städtebaulichen Missstands, Wirtschaftlichkeit des Abrisses, geplante Nachnutzung)
- ☐ bei Förderung Kleinstunternehmen:
 - ☐ Anzahl der Mitarbeiter, Jahresumsatz
 - ☐ Aussagekräftiges Wirtschaftskonzept (Nachweis Bedarf, Wirtschaftlichkeit, Qualifikation)
- ☐ bei Förderung lokaler Basisdienstleistungen: Markt- und Standortanalyse, Bedarfs- und Wirtschaftlichkeitsbetrachtung
- ☐ bei Förderung landwirtschaftlicher Umnutzung: Nachweis über Alterskassenpflicht bzw. Befreiung, Erfüllung der Mindestgröße gem. § 1 Abs.2 und 5 ALG in Vbdg. mit § 3 ALG

Die Bewilligungsbehörde kann bei Bedarf jederzeit weitere Nachweise oder Erklärungen zur Plausibilisierung der Angaben nachfordern.

.....
Ort / Datum

.....
(Rechtsverbindliche Unterschrift/en)

(.....)
(bei jurist. Personen: Name, Funktion)